

Stand: 29.12.2025 12:30:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2413

"Berichtsantrag zum Gesetzgebungsverfahren der EU-Datenschutzgrundverordnung und den Reformbestrebungen bei Scoringverfahren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2413 vom 26.06.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/3582 des VF vom 21.10.2014
3. Beschluss des Plenums 17/3991 vom 04.11.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 28 vom 04.11.2014



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Berichtsantrag zum Gesetzgebungsverfahren der EU-Datenschutzgrundverordnung und den Reformbestrebungen bei Scoringverfahren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag mündlich und schriftlich zu berichten

- wie Scoringverfahren durch z.B. Auskunfteien wie die SCHUFA, derzeit gehandhabt werden, insbesondere unter Darstellung der Bereiche des Geo-Scorings und Social-Scorings,
- welche Handlungsmöglichkeiten Verbraucherinnen und Verbraucher derzeit hiergegen haben,
- wie sich der aktuelle Verhandlungsstand und der weitere Zeitplan für die Verabschiedung einer EU-Datenschutzgrundverordnung darstellen,
- wie die Themen Scoring und Profiling durch die EU-Datenschutzgrundverordnung reformiert werden sollen und
- wie sich die Staatsregierung zum durch das Europäische Parlament beschlossenen Entwurf der EU-Datenschutzgrundverordnung positioniert hat.

Begründung:

Unter dem Begriff „Scoring“ versteht man automatisierte Verfahren, bei denen die Kreditwürdigkeit von Verbraucherinnen und Verbrauchern auf Grund pauschaler Kriterien wie Alter, Beruf, Adresse, Familienstand, etc. festgelegt werden. Daraus wird ein Bonitätswert errechnet, der dann darüber entscheidet, ob die entsprechende Person als kreditwürdig erachtet wird. Die Kundinnen und Kunden einer Kreditvergabe, eines Mobilfunkvertrags etc., die einem Scoring unterworfen werden, haben hierauf keinerlei Einfluss. Die genauen Berechnungsformeln des Scoring-Systems werden von Auskunfteien, wie z.B. der SCHUFA, unter Verschluss gehalten. Besonders problematisch ist in diesem Zusammenhang das sog. Geo-Scoring, bei dem die Frage des Wohnorts eine herausragende Rolle bei den Bewertungskriterien spielt. Hier besteht die Gefahr einer Diskriminierung, nur weil jemand „im falschen Stadtteil“ wohnt. Besonders besorgniserregend sind Bestrebungen von Unternehmen durch die systematische Auswertung von Daten aus sozialen Netzwerken, dem sogenannten Social-Scoring, Bonitätsprognosen zu erstellen.

Die EU-Datenschutzgrundverordnung soll europaweit einheitliche und verbesserte Regelungen auch für die Bereiche des Scoring oder Profiling bringen. Der Innen- und Justizausschuss des Europäischen Parlaments hat am 21. Oktober 2013 die durch den Berichterstatter und GRÜNEN-Europaabgeordneten Jan Philipp Albrecht ausgearbeitete Verhandlungsposition zum Verordnungsentwurf mit überwältigender Mehrheit angenommen. Am 12. März 2013 entfielen dann im Europaparlament in erster Lesung von 653 abgegebenen Stimmen 621 auf diesen Entwurf. Nun herrscht Stillstand. Bislang ist unklar, ob der Trilog, in dem Kommission, Parlament und Ministerrat das Gesetz ausarbeiten, in absehbarer Zeit stattfinden wird.

Die Schaffung eines einheitlichen europäischen Datenschutzrechtsrahmens ist für die Durchsetzung der Persönlichkeitsrechte der Menschen in der Union von entscheidender Bedeutung. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, zum Stand der Dinge zu berichten.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/2413

**Berichtsantrag zum Gesetzgebungsverfahren der EU-
Datenschutzgrundverordnung und den Reformbestrebungen bei
Scoringverfahren**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass die Worte „mündlich und schriftlich“ gestrichen werden.

Berichterstatterin: **Ulrike Gote**
Mitberichterstatterin: **Petra Guttenberger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 20. Sitzung am 10. Juli 2014 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 1. Oktober 2014 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 17. Sitzung am 21. Oktober 2014 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Franz Schindler
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/2413, 17/3582

Berichtsantrag zum Gesetzgebungsverfahren der EU Datenschutzgrundverordnung und den Reformbestrebungen bei Scoringverfahren

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten,

- wie Scoringverfahren durch z.B. Auskunfteien wie die SCHUFA derzeit gehandhabt werden, insbesondere unter Darstellung der Bereiche des Geo-Scorings und Social-Scorings,
- welche Handlungsmöglichkeiten Verbraucherinnen und Verbraucher derzeit hiergegen haben,
- wie sich der aktuelle Verhandlungsstand und der weitere Zeitplan für die Verabschiedung einer EU Datenschutz-Grundverordnung darstellen,
- wie die Themen Scoring und Profiling durch die EU Datenschutz-Grundverordnung reformiert werden sollen und
- wie sich die Staatsregierung zum durch das Europäische Parlament beschlossenen Entwurf der EU Datenschutz-Grundverordnung positioniert hat.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich des jeweiligen Abstimmungsverhaltens mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch keine Enthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über Kriegsflüchtlinge aus Syrien, die im Rahmen der Dublin-III-Regelung abgeschoben werden
Drs. 17/2074, 17/3579 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Josef Zellmeier, Jürgen W. Heike u.a. CSU
Bericht über Reform des EU-Datenschutzrechts
Drs. 17/2127, 17/3580 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Kein Fracking für Öl und Gas in Bayern
Drs. 17/2402, 17/3577 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berichtsantrag zum Gesetzgebungsverfahren der EU-Datenschutzgrundverordnung und den Reformbestrebungen bei Scoringverfahren
Drs. 17/2413, 17/3582 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fracking endlich bundesweit verbieten
Drs. 17/2423, 17/3578 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Harry Scheuenstuhl,
Klaus Adelt u.a. SPD
Situation und Kontrollen in den Putenmastbetrieben
Drs. 17/2531, 17/3587 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Interkommunale Zusammenarbeit muss umsatzsteuerfrei bleiben!
Drs. 17/2624, 17/3520 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Karl Freller, Markus Blume u.a. CSU
Den Menschen die Heimat erhalten – Für ein zeitgemäßes Angebot an
angemessenem Mietwohnraum in allen Landesteilen sorgen
Drs. 17/2649, 17/3521 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Karl Freller, Markus Blume u.a. CSU
Den Menschen die Heimat erhalten –
Bayerisches Modernisierungsprogramm verbessern
Drs. 17/2650, 17/3522 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

10. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Karl Freller, Markus Blume u.a. CSU
Den Menschen die Heimat erhalten –
Wohneigentum für Familien stärker im Ort fördern
Drs. 17/2651, 17/3523 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auszug aus Gemeinschaftsunterkünften ermöglichen, die Pflicht zur
Wohnsitznahme in Gemeinschaftsunterkünften aus dem bayerischen
Aufnahmegesetz (AufnG) streichen
Drs. 17/2674, 17/3379 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Managementplan „Wölfe in Bayern“ Stufe 2 unverzüglich vorlegen!
Drs. 17/1438, 17/3524

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Rückkehrende Tierarten in Bayern-Managementplan §Wölfe in Bayern“ Stufe 2
endlich vorlegen!
Drs. 17/1471, 17/3525

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat